Bericht Ingo Gädechens, MdB

32,8 Mrd. Euro sind 2014 für den Bereich Verteidigung eingeplant.

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

zur Zeit stehen Mammutsitzungen des Verteidigungsausschusses auf dem Programm, die weit über 12 Stunden an-dauern. Der Ausschuss berät den Einzelplan 14 (Verteidigung) des Bundeshaushalts 2014. Mit dem Haushalt setzen wir auf Kontinuität und knüpfen nahtlos an die Zielsetzungen der vergangenen Finanzpläne an.

Der Gesamtetat ist weitestgehend unverändert gegenüber dem ersten Regierungsentwurf geblieben. 32,8 Mrd. Euro sind 2014 für den Bereich Verteidigung eingeplant. Die Mittel im Einzelplan sind knapp bemessen, das stimmt - aber ausreichend! Knappe öffentliche Kassen erfordern Evaluierung, Prioritätensetzung, kreative Lösungen und Um-denken. Wenn wir im Verteidigungsausschuss den Etat für den Bereich Verteidigung beraten, geht es um mehr als nur um Personalkosten, die Finanzierung der Einsätze weltweit sowie den Erhalt und die Beschaffung von Material und Rüstungsgütern.

Es geht um das fundamentale Interesse der Bundesrepublik Deutschland zur Wahrung der äußeren Sicherheit unseres Landes. Wie heißt es so schön: „Sicherheit ist nicht alles – aber ohne Sicherheit ist alles nichts! “Zum Glück haben wir mit dem CSU Kollegen Bartholomäus Kalb, MdB einen erfahrenen Kollegen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, der als Berichterstatter für das Verteidigungsressort die Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gut vertritt und um die besondere Bedeutung der Bundeswehr weiß.

Gerade die aktuellen Entwicklungen auf der Krim, in der Ukraine oder in Zentralafrika zeigen, dass sich die sicherheitspolitische Großwetterlage bisweilen schneller ändert, als es sich manche von uns vorstellen können. Auf diese Konfliktlinien muss die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet sein. Wir sollten deshalb neue Debatten über eine Reform der Reform der Bundeswehr vermeiden. Noch mehr Unruhe vertragen weder die Truppe noch die zivilen Mitarbeiter.

Besonderes Augenmerk lag beim diesjährigen Verteidigungshaushalt auf attraktivitätssteigernden Maßnahmen. Die Bundeswehr ist schon heute ein attraktiver Arbeitgeber mit hochmotivierten Soldatinnen und Soldaten und zivilen Angestellten.

Aber Attraktivität ist für eine Freiwilligenarmee mehr als nur ein Randthema: Im Wettbewerb mit den zivilen Unternehmen um die „besten Kräfte“ und „klügsten Köpfe“

können wir noch einiges besser machen. Wir werden zur Steigerung der Attraktivität auch Geld bei den Planstellen und deren Besoldung in die Hand nehmen müssen. Deshalb wurde zeitgerecht ein Antrag der Regierungskoalition eingebracht und im Ausschuss genehmigt.
Geld allein ist aber auch nicht alles. Das Bild des Soldaten in der Öffentlichkeit und die Akzeptanz in der Bevölkerung ist gleichfalls von Bedeutung.

Junge Menschen entscheiden sich für den Dienst in der Bundeswehr. Wenn die Rahmenbedingungen in allen Bereichen stimmen. Dazu bedarf es auch einer „Veränderung in den Köpfen“. Für all diejenigen, die sich dann für den Dienst in der Bundeswehr entschieden haben, müssen wir passende Antworten auf Fragen nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Wahlmöglichkeit zwischen Umzugskosten und Trennungsgeld, auf Altersversorgung, Qualifizierung und Berufsförderung und auch auf viele weitere Fragen, die den Dienstbetrieb erleichtern, geben.